

Einlauf

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Vom Bundeskanzler ist folgendes Schreiben eingelangt:

„Ich beehre mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit EntschlieÙung vom 7. Jänner 2020 [...] die mit der Fortföhrung der Verwaltung betraute Bundesregierung vom Amt enthoben hat.“

Weiters liegt ein Schreiben des Bundeskanzlers betreffend die Ernennung der Mitglieder der neuen Bundesregierung vor:

„Ich beehre mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit EntschlieÙung vom 7. Jänner 2020 [...] mich gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident [...] auf meinen Vorschlag Mag. Werner KOGLER zum Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport“, „Univ.-Prof. Dr. Heinz FASSMANN zum Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung“, „Dr. Margarete SCHRAMBÖCK zur Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort“, „Elisabeth KÖSTINGER zur Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus“, „Mag. Gernot BLÜMEL, MBA zum Bundesminister für Finanzen“, „Mag. Alexander SCHALLENBERG, LL.M zum Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres“, „Rudolf ANSCHÖBER zum Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz“, „Mag. Klaudia TANNER zur Bundesministerin für Landesverteidigung“, „Karl NEHAMMER, MSc zum Bundesminister für Inneres“, „Leonore GEWESSLER, BA zur Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie“, „Dr. Alma ZADIĆ, LL.M zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz und [...] Mag. Karoline EDTSTADLER“, „Mag. (FH) Christine ASCHBACHER“, „MMag. Dr. Susanne Raab“ – jeweils – „zur Bundesministerin ohne Portefeuille ernannt.

Ferner hat der Herr Bundespräsident [...] Mag. Ulrike LUNACEK zur Staatssekretärin ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsföhrung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport sowie Dr. Magnus BRUNNER, LL.M zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsföhrung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie beigegeben.“

Ich darf darauf hinweisen, dass im Auftrag der Parlamentsdirektion während der heutigen und künftiger Nationalratssitzungen wieder Fotografen tätig sind.

Zur Dokumentation dieser Sitzung wird jetzt eine 360-Grad-Fotoaufnahme angefertigt. Der Aufbau der Kamera wird sogleich erfolgen. Die Aufnahme wird einige wenige Minuten in Anspruch nehmen. Um eine entsprechend qualitätsvolle Aufnahme zu erhalten, ersuche ich Sie, auf Ihren Plätzen zu bleiben. Ich darf die Sitzung für die Durchführung dieser Aufnahme kurz **unterbrechen**.

(Die Sitzung wird um 9.13 Uhr **unterbrochen** und um 9.16 Uhr wieder **aufgenommen**.)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich darf die unterbrochene Sitzung **wieder aufnehmen**.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Schriftliche Anfragen: 283/J bis 493/J

2. Anfragebeantwortungen: 12/AB bis 213/AB

3. Regierungsvorlagen:

Berufsrechts-Änderungsgesetz 2020 – BRÄG 2020 (19 d.B.)

Gesetzesantrag des Bundesrates vom 19. Dezember 2019 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (21 d.B.)

B. Zuweisungen:

1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 31d Abs. 5a, 32a Abs. 4, 74d Abs. 2, 74f Abs. 3, 80 Abs. 1, 100 Abs.4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:

Budgetausschuss:

Monatserfolg November 2019, vorgelegt vom Bundesminister für Finanzen (Vorlage 8 BA)

Immunitätsausschuss:

Ersuchen der Landespolizeidirektion Wien, GZ. PAD/19/2395031/2 und PAD/19/2387323/2, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat David Stögmüller

2. Zuweisungen in dieser Sitzung:

a) zur Vorberatung:

Budgetausschuss:

Einspruch des Bundesrates vom 19. Dezember 2019 gegen den Beschluss des Nationalrates vom 11. Dezember 2019 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundeshaftungsobergrenzengesetz geändert und das EUROFIMA-Gesetz aufgehoben wird (20 d.B.)

Rechnungshofausschuss:

Bericht des Rechnungshofes betreffend Durchschnittliche Einkommen und zusätzliche Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2017 und 2018 – Reihe EINKOMMEN 2019/1 (III-75 d.B.)

Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes – Reihe BUND 2018/49 (III-78 d.B.)

b) zur Enderledigung im Sinne des § 28b GOG (vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ausschusses):

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich (3. Freiwilligenbericht) (III-85 d.B.)

Budgetausschuss:

Förderungsbericht 2018 gemäß § 47 Abs. 3 BHG 2013 der Bundesregierung (III-79 d.B.)

Bericht des Bundesministers für Finanzen gem. § 15 Abs. 2 BHG 2013 über die langfristige Budgetprognose (III-81 d.B.)

Ausschuss für innere Angelegenheiten:

Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich (Sicherheitsbericht 2018) (III-80 d.B.)

C. Unterrichtung gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG:

Aufnahme der Ausweitung der Verhandlungen über ein Protokoll zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Zuweisung von Verhandlungsgegenständen erst nach erfolgter Wahl der Fachausschüsse:

Tierschutzbericht 2019 der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-84 d.B.)

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 7. Juli 2017, 162/E XXV. GP betreffend Fortschrittsbericht über den Stand und die Zwischenergebnisse der Evaluierung der GuKG-Novelle 2016 (III-86 d.B.)

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus gemäß § 12 Abs. 1 Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992 i.d.g.F. (Ozonbericht 2015-2017) (III-87 d.B.)

(Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss)

Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus gemäß § 23 Immissionsschutzgesetz-Luft, BGBl. I Nr. 115/1997 i.d.g.F. (IG-L-Bericht 2015-2017) (III-88 d.B.)

(Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss)

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende, vorgelegt von der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung (III-89 d.B.)

(Zuweisungsvorschlag: Wissenschaftsausschuss)

Petition Nr. 4 betreffend „Für echte Qualität im Straßenverkehr!“, überreicht vom Abgeordneten Andreas Kollross

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen)

Bürgerinitiative Nr. 19 betreffend „Änderung der bestehenden Drogenpolitik im Sinne einer menschenrechtskonformen Drogenpolitik von Schadensminimierung, Eliminierung des Schwarzmarktes, Erhöhung des Jugendschutzes sowie Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen – „Wiener Aufruf““

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen)

Bürgerinitiative Nr. 20 betreffend Gefährdung des UNESCO-Weltkulturerbes „Historisches Zentrum von Wien“ durch das Heumarkt-Hochhausprojekt (Hotel InterContinental – Wiener Eislaufverein)

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich darf mitteilen, dass der erste Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an die Mitglieder des Nationalrates verteilt wurde.

Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Vor Eingang in die Tagesordnung darf ich mitteilen, dass Frau Abgeordnete Fürst beantragt hat, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 20/A eine Frist bis zum 20. Jänner zu setzen.

Der gegenständliche Antrag wird gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht.

Ich darf bekannt geben, dass die Sitzung des Nationalrates wie üblich von ORF 2 bis 13 Uhr übertragen wird, anschließend überträgt ORF III diese Sitzung bis 19.15 Uhr, und dann wird die Sitzung in der TVthek kommentiert übertragen.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Es ist vorgeschlagen, die Debatten über die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung zusammenzufassen.

Gibt es dagegen einen Einwand? – Das ist nicht der Fall.

Redezeitbeschränkung

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zwischen den Mitgliedern der Präsidialkonferenz wurde Konsens über Gestaltung und Dauer der Debatten erzielt. Demgemäß wurde eine Tagesblockzeit von 7 „Wiener Stunden“ vereinbart, sodass sich die Redezeiten wie folgt ergeben: ÖVP 137, SPÖ 95, FPÖ 77, Grüne 70 sowie NEOS 56 Minuten.

Gemäß § 57 Abs. 7 der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit für die gesamte Tagesordnung von jenen Abgeordneten, die keinem Klub angehören, je 28 Minuten; darüber hinaus wird die Redezeit auf 5 Minuten pro Debatte beschränkt.

Für die Debatte zu Tagesordnungspunkt 1 wurde folgende Redeordnung vereinbart: Rednerrunde der Klubobleute – contra/pro –, eine weitere Rednerunde – contra/pro –, Wortmeldungen von je einem Mitglied der Bundesregierung von ÖVP und Grünen, weitere Debatte zur Regierungserklärung – contra/pro.

Wir kommen sogleich zur **Abstimmung** über die Gestaltung und die eben dargestellten Redezeiten.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist **einstimmig**. Ich darf herzlich danken.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich mich noch einmal für die Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten herzlich bedanken. Er komplettiert durch seine Anwesenheit sehr klar das politische Ganze des Staates.

Ich darf mich bei der Frau Bundeskanzler außer Dienst im Namen aller Parlamentarier sowie der Parlamentsdirektion und unserer Mitarbeiter für die konstruktive und sachliche Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten recht herzlich bedanken. – Durch Ihr Handeln und Ihr Auftreten und durch die Führung einer proporzorientierten Beamtenregierung haben Sie einen ganz wesentlichen Dienst für unseren Staat geleistet. Herzlichen Dank! (*Allgemeiner Beifall.*)

Schlussendlich darf ich die neue Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Sebastian Kurz und des Vizekanzlers Werner Kogler recht herzlich bei uns begrüßen – die erste Bundesregierung, in der mehr weibliche als männliche Mitglieder Verantwortung tragen; das ist auch eine Premiere im österreichischen Regierungskalender. Ich darf der neuen Bundesregierung alles erdenklich Gute für ihre Arbeit wünschen und um eine gute, konstruktive und sehr sachorientierte Zusammenarbeit mit uns Parlamentariern ersuchen.